



# 2. Dortmunder Arbeitsmarktkonferenz

12.02.2016

**Dokumentation**  
Podiumsdiskussion

In Kooperation mit:



**Bundesagentur für Arbeit**  
Agentur für Arbeit Dortmund



# Podiumsdiskussion



## Teilnehmer der Podiumsdiskussion

- Thomas Westphal (Geschäftsführer Wirtschaftsförderung Dortmund – Moderator)
- Dr. Anneliese Durst (Fachbereichsleiterin des Referats für Arbeit und Wirtschaft – Referentin)
- Thomas Baumann (Stadt Leipzig, Referat für Beschäftigungspolitik – Referent)
- Martin Günther (Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen – Referent)

### Thomas Westphal

Wir möchten Ihnen jetzt die Gelegenheit geben, Ihre Fragen zu stellen. Sie haben über die letzten drei Stunden intensiv und konzentriert zugehört, viele unterschiedliche Impressionen der Vertreter auch anderer Kommunen gehört und jetzt die Möglichkeit, Fragen direkt bei den Kolleginnen und Kollegen mit den Mikros im Saal an uns zu richten.

### Frage aus dem Publikum

Ich wohne seit sechs Jahren in Dortmund, komme ursprünglich aus Berlin, bin schwerbehindert und wollte fragen, was für Schwerbehinderte allgemein getan wird? Auf dem Arbeitsmarkt sehe ich rein gar nichts. Ich werde kaum beraten und wünsche mir eine feste Anstellung, nicht immer in Maßnahmen, die mir so nichts bringen.

### Thomas Westphal

Wenn es jetzt um Dortmunder Fragen geht, würde ich Sie mit Geschäftsführer des Jobcenter Dortmund zusammen bringen um das konkret zu klären. Allgemein können wir in der Runde aber durchaus nochmal die Frage aufnehmen, wie auch für diesen Bevölkerungsteil die Perspektiven am Arbeitsmarkt sind, Stichwort „Integrationsbetriebe“.

### Martin Günthner

Wir haben in Bremen in den vergangenen Jahren in einem großen Umfang Integrationsbetriebe gegründet, weil wir glauben, dass es durchaus eine große Perspektive am Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung gibt. Ich finde, man muss sich dabei auch vor Augen halten, dass es jeden von uns heute oder morgen treffen kann und dass es deswegen auch um die Frage geht, wie sich Arbeitswelt gestalten muss, um aufnahmefähig für Menschen mit Beeinträchtigungen zu sein. Deswegen ist das in dem auch in den vergangenen Jahren ein Schwerpunktthema in Bremen gewesen und wird auch

weiterhin Schwerpunktthema sein. Wir haben übrigens zum Teil auch im Zusammenspiel von Integrationsbetrieben mit Industrieunternehmen extrem gute Erfahrungen gemacht. Wenn ein Unternehmen mit behinderten Menschen Zulieferer von Mercedes in Bremen ist, dann macht Mercedes das ja nicht aus Mildtätigkeit, sondern weil dort gute Leistung erbracht wird. Sofern ist das auch ein wichtiger Bestandteil für einen Wirtschafts- und einen Arbeitsmarktstandort.

### Thomas Baumann

In Leipzig kann ich zu konkreten Maßnahmen noch nicht viel erzählen, weil wir gerade unseren Teilhabeplan bearbeiten. Aber auch da hat sich herausgestellt, dass neben der Einrichtung von Integrationsbetrieben, neben der Forderung nach mehr Beschäftigungsmöglichkeiten am regulären Arbeitsmarkt, auch die Transparenz der Informationen der Fördermöglichkeit für viele schon eine große Hilfe ist. Dass wir viele Arbeitgeber kennengelernt haben, die sagen: Ich würde gern, aber ich weiß nicht wer mir dabei hilft. Dass es viele Institutionen gibt, die Förderungen für die Leute anbieten.

Wirklich zu kommunizieren, Offenheit und Transparenz zu schaffen, kann auch ein Schritt dahin sein voranzubringen, dass Menschen und Unternehmen, die bereit sind diesen Menschen Beschäftigungsperspektiven zu geben, auch bestmöglich dabei unterstützt werden ihr Engagement umzusetzen. Da gibt es verschiedene Ansätze, wie das am besten kommuniziert werden kann.

### Dr. Anneliese Durst

Ich glaube, auch in München würden Sie ziemlich verzweifelt auf dem Arbeitsmarkt suchen. Also auch die gleiche Antwort wie bei den Kollegen: Man versucht das Problem über Integrationsbetriebe zu lösen, was aber sicher nicht im Sinne derjenigen ist, die einen Arbeitsplatz suchen. Alle Strategien, die wir entwickeln, also auch mehr Transparenz bei den Unternehmen, sind mühsam, aber sie werden auch durch die UN-Behindertenrechtskonvention im Moment noch kommunal sehr unterstützt. Die Situation im Moment ist ausgesprochen kompliziert und schwer.

### Beitrag aus dem Publikum

Ich möchte auf jeden Fall noch erwähnen, dass wir in Dortmund seit einigen Jahren auch auf Initiative der Arbeitsagentur ein Kompetenznetzwerk für schwerbehinderte Menschen haben, um sich besser in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu integrieren. Da haben

wir mittlerweile hundert Mitstreiter. Man kann es miteinander besser gestalten, aber natürlich ist es nach wie vor eine sehr große und eine sehr individuelle Aufgabe, deswegen wird es sicher so ein, dass jetzt gleich vom Jobcenter nochmal der Kontakt hier gesucht wird. Aber ich glaube, wir haben ein gutes Konstrukt und einen guten Verbund, um es miteinander auch in jedem Einzelfall nach vorne zu bringen – das war mir auch für die Dortmunder Sicht nochmal wichtig.

### **Nachfrage aus dem Publikum**

Ich hätte eine Nachfrage zu den Tätigkeitsfeldern für die Langzeitarbeitslosen, die in Bremen und Leipzig umgesetzt wurden. In Bremen war das Wort von „Im Quartier Arbeit schaffen – lokal vor Ort“. Mich würde interessieren, was das sein könnte, z.B. Quartiershausmeister oder ähnliches.

In Leipzig war viel im Bereich von Kinder- und Jugendliche und Seniorenarbeit die Rede. Da würde mich die Frage interessieren, wie und in welchen Tätigkeiten Kinder- und Jugendarbeit mit Langzeitarbeitslosen kombinierbar ist.

### **Martin Günthner**

Wir haben ein Stück weit das Problem, dass wir bei den sozialen Themen, die wir in den Stadtteilen organisiert haben, wie viele andere auch das Problem mit dem Kriterium „Zusätzlichkeit“ gehabt haben und man sich die Frage gestellt hat, ob diese bürokratische Hürde am Ende hilft. Wir haben in Bremen an vielen Stellen eine sozialräumliche Orientierung versucht. Und das ist dann natürlich ein Aspekt für Menschen, die wirklich sehr, sehr weit vom Arbeitsmarkt entfernt sind. Die Frage, die sich rund um das Thema Helfertätigkeiten dreht, kann vom Hilfshausmeister über Themen in Kindergärten, Krippen und in vielen anderen Bereichen gehen. Es kommt am Ende darauf an, eine entsprechende Anzahl an Plätzen zusammenzusammeln.

Wir haben bei uns die Frage diskutiert, auf welche Platzzahlen wir denn kommen würden, wenn wir beispielsweise jede Schule, die wir haben, jeden Kindergarten, Grünpflege im öffentlichen Bereich etc. pp. mit Hilfskräften ausstatten: da kommt man mit ganz viel Fantasie so auf 1000, 1500 Stellen und ist dann aber wahrscheinlich schon an der oberen Ecke angekommen. Und das zeigt so ein Stück weit auch die Schwierigkeit, die darin steckt. Man müsste dabei ebenfalls versuchen, den privaten Sektor miteinzubeziehen und Unternehmen zu gewinnen,

die dabei mitmachen.

Allerdings ist dann wiederum die Frage, wann ein Unternehmen bereit ist, bei Hilfstätigkeiten mitzumachen, das bisher bei der Frage „Wie könnte ich unter Umständen in meinem Unternehmen Langzeitarbeitslose integrieren?“ gewisse Schwierigkeiten hat. Für München ist ja beschrieben worden, dass die Unternehmen eigentlich kein so richtiges Interesse haben, sich mit schwierigen Kandidatinnen und Kandidaten auseinander zu setzen. Das ist in Bremen an vielen Stellen ähnlich. Das zeigt, dass die Reden, die zum Teil aus Unternehmerkreisen gehalten werden („Fachkräftemangel, Arbeitskräftemangel, wir brauchen doch Leute“), dass der Leidensdruck, sich auch mit Menschen auseinanderzusetzen, die gewisse Hemmnisse mitbringen noch nicht hoch genug ist. Insofern ist das das gesamte Spektrum, das wir auf diese Weise auch mit zu bearbeiten versuchen.

### **Thomas Baumann**

Zu der Frage der Tätigkeitsbereiche in der Kinder- und Jugendarbeit: es ist leider so, dass uns hinsichtlich des Umfangs der Tätigkeiten die möglich sind aufgrund der Kriterien oder Wettbewerbsneutralität und Zusätzlichkeit die Daumenschrauben über die Jahre immer mehr angezogen wurden.

Wir haben derzeit im Rahmen von sozialer Teilhabe in vielen Schulbibliotheken zum Beispiel in der Leseraumbetreuung den Menschen eine Beschäftigungsperspektive geben können.

Wir haben die Verkehrserziehung mit Trägerprojekten entwickelt, wir haben Schülerbegleitung während Exkursionen oder Unterrichtseinheiten, die außerhalb von Schulgebäuden stattfinden. An Möglichkeiten fällt uns viel ein, da hätten wir auch ein – ich will jetzt nicht sagen „unbegrenzt“ – Spektrum an Möglichkeiten. Aber wir sehen unsere Grenzen aber wie gesagt, in dem beschriebenen Punkt der Zusätzlichkeit. Es ist ein Bereich den wir gerne nutzen, wo wir den Menschen auch gerne eine Perspektive geben wollen. Ein Vermittlungshemmnis ist vielleicht fehlende Kinderbetreuung oder eine zeitliche Einschränkung, wo man sagen kann: gut, da hat man im Bereich Kindergärten, Schulen, die Möglichkeit eine Beschäftigung anzubieten.

### **Nachfrage aus dem Publikum**

Eine Frage zum Thema Bildung: Welche Rolle spielt Ihrer Meinung nach da das Thema „Gemeinsames Lernen“ bis zur zehnten Klasse mindestens? Stichwort: eine Schule



für alle. Wir haben ja teilweise auch in Dortmund das Problem beziehungsweise die Situation, dass an Hauptschulen in der zehnten Klasse schon einmal das Ausfüllen von Hartz IV Anträgen geübt wird, damit zumindest das dann funktioniert. Und an der Stelle auch noch einmal die Zusatzfrage: Wir haben gerade von dem Kollegen aus Leipzig gehört, dass da das Coaching sehr gut angenommen wurde bzw. sehr gute Effekte hat. Kann man an der Stelle beim Übergang Schule zu Beruf mit Coaching eventuell auch schon etwas erreichen? Weil Lehrer da natürlich jetzt auch keine Arbeitsmarktvermittler sind.

### **Martin Günthner**

Längeres gemeinsames Lernen ist wichtig. Früh anzufangen ebenfalls, wir bauen im Krippenbereich und im Kindergartenbereich in Bremen massiv die Zahl der Plätze aus. Ich sehe mir beispielsweise Themen an wie Assistentinnen im Bereich Pflege: Da werden die Frauen über ein Jahr fit gemacht und in diesem einen Jahr gibt es auch eine Kinderbetreuung. Wenn es dann darum geht, auf der Brücke den Weg weiter zu gehen und in Ausbildung zu kommen, dann scheitert es am Ende an der Kinderbetreuung. Insofern zeigt es, wie wichtig das Thema Kinderbetreuung ist. Auch Kinderbetreuung mit Perspektive, damit wir Menschen nicht in diesem Drehtüreffekt immer nur um die Ecken schicken. Im Bildungsbereich setzen wir schon verhältnismäßig lange auf den Bereich der Ganztagschulen und auch das was an Betreuung damit zusammenhängt. Ich bin allerdings persönlich immer so ein bisschen hin und her gerissen. Was bedeutet das in Ganztagschulen, mit zum Teil auch jahrgangsübergreifendem Lernen, individuell für Chancen die Kinder? Allerdings muss man sich auch mit der Frage auseinandersetzen: Die einen holen wir mit vielen Angeboten, die wichtig sind, näher ran. Aber die anderen, besonders die, die aus bildungsnäheren Bereichen kommen, schleusen wir in einem Maße durch, das man sich auch vor Augen halten muss.

Da stecken also Chancen drin, aber auch gewisse Risiken. Ich glaube aber, dass dieser Weg am Ende gegangen werden muss, dass der Weg zentral ist, dass der Weg allerdings auch zusammengehen muss mit dem Thema, das ich vorhin schon angesprochen habe. Nämlich der Frage: Welche Perspektiven eröffnen sich Kindern aus Familien, die bildungsfern sind? Die in der zweiten, dritten Generation eigentlich nichts mehr mit Bildung zu tun haben und auch nichts mehr mit Erwerbstätigkeit zu tun haben. Also die Frage, wie schaffen ich denen eine Perspektive, dass die sagen: Bildung ist eine Chance für

mich und Ausbildung ist eine Chance für mich und Arbeit ist eine Chance für mich, dass ich in meinem Leben was erreichen kann. Das kommt dann wiederum zusammen mit der Fragestellung: Welche Perspektiven gibt es für diese Menschen auf dem Arbeitsmarkt? Welche Gehälter gibt es in bestimmten Berufen, also auch für Menschen mit nicht so einer hohen Qualifikation, was natürlich auch ein Anreiz ist. Wenn jemand weiß: egal wie sehr ich mich anstrenge, am Ende komme ich aus meiner Misere nicht raus und lande in Niedriglohnjobs ohne große Perspektive, dann ist das auch keine große Motivation für diese Menschen.

### **Thomas Westphal**

Ich würde die Frage gern zum Anlass nehmen, das nochmal auf eine Frage zu übertragen, die wir insgesamt zusammen noch einmal erörtern sollten:

Wir haben jetzt viel drüber gesprochen wie wir mit den Menschen umgehen, die von der Qualifizierung her Helfertätigkeiten machen können, die der Arbeitsmarkt nicht hergibt. Das war in Leipzig, Bremen und München auch ein Stichwort, das ist diese Personengruppe der jungen Leute, der unter 25jährigen oder noch jüngeren. Deshalb das Stichwort Bildung: Wir sind uns alle dabei einig, wenn wir sagen, wir müssen verhindern, dass wir Nachwuchs in die Arbeitslosigkeit haben – bei allen Anstrengungen, die wir hier unternehmen, über die wir heute besprochen haben (mehr Geld ins System etc. pp.). Denn selbst wenn es uns gelingt, die 20 oder 35 – 55jährigen dort anders zu versorgen und dann in zwei Jahren die Zahl wieder da ist, weil die Schulabgänger es nicht geschafft haben eine andere Bildung zu haben, sondern wieder nur Helfertätigkeiten haben, dann haben wir ja nichts geschafft.

Das sagen wir alle, aber wenn man sich das bundesweit anschaut, dann gibt es nicht so viele Städte wo man sagen kann, die haben richtig was geschafft. Ich kenne Mannheim, die das mit einem spezifischen Ansatz wunderbar geschafft haben mit einem Modell von fast 2000 arbeitslosen Jugendlichen unter 25 auf fast 0. Sie hatten das schon gesagt, Frau Durst: Was haben wir denn eigentlich da an Möglichkeiten, an Instrumenten, um mehr Erfolge zu erzielen oder sind wir da noch am Anfang? Was können wir da tun?

### **Thomas Baumann**

Ich gebe Ihnen vollkommen Recht. Mannheim hatten wir uns auch angeschaut, ein interessantes Modell. Um nochmal um auf das Coaching zurück zukommen: ich

würde das Coaching das wir den Arbeitslosen anbieten nicht eins zu eins in den Bereich der Schulen übernehmen. Wir haben in Leipzig unsere Schulsozialarbeiter im großen Maße ausgebaut, wir haben die Berufsorientierungslehrer. Es ist schon angesetzt worden, da möglichst im Übergang Schule-Beruf mit zu unterstützen. Zudem haben wir auch die Möglichkeiten, zu versuchen, die die diesem ganzen System entwischt sind über die Produktionsschulansätze, die wir sehr erfolgsversprechen finden, wieder zu erreichen. Wir haben in Leipzig die Joblinge Initiative installiert, also auch ein Projekt was bundesweit an einigen Standorten läuft, was gute Ergebnisse bei der Integration in Ausbildung erzielt.

Ich will jetzt nicht sagen den Schulalltag zu entschleiern, aber Sie hatten das ja auch schon mit angesprochen, dass man wirklich gucken muss, frühzeitig anzusetzen, dass die Basics bei den Schülern gefestigt werden.

Es ist sicher auch so eine Sache, die vielleicht in den letzten Jahren etwas schief gelaufen ist, als man versucht hat, möglichst vielen Leuten zu empfehlen, sie sollen an die Uni gehen. Jetzt klagt bspw. das Handwerk über einen Azubimangel, so dass man auch jetzt wieder Maßnahmen ergreift um die Jugendlichen davon zu überzeugen, dass auch Ausbildungsberufe bspw. im Handwerk, den sprichwörtlichen goldenen Boden haben.

### **Thomas Westphal**

Frau Durst, aus Münchener Perspektive, wie sieht es da aus?

### **Dr. Anneliese Durst**

Vielleicht erinnern Sie sich an unser MBQ mit der dritten Säule „Übergänge-Schule-Ausbildung-Arbeitswelt“. Für uns war eine erste Voraussetzung, gesichertes Wissen herzustellen. Sie sagen aus Bremen, dass sie relativ wenig Ahnung davon haben was eigentlich nach dem Abschluss passiert und ich erinnere mich an das Programm in Hamburg, die da sehr prononciert ausgedrückt haben: „Kein Abschluss ohne Anschluss!“.

Das war für uns im Grunde genommen nochmal ein Indiz, einfach erstmal genaue Kenntnisse zu erwerben und wir hatten uns zusammen mit dem Deutschen Jugendinstitut auf den Weg gemacht um eine Längsschnittstudie auf den Weg zu bringen, die absolut fruchtbar und sehr ertragreich war. In dieser Längsschnittstudie konnten wir zum ersten Mal erkennen, was mit einer Kohorte in den unterschiedlichen Phasen passiert und die wilden Spekulationen, wie wirksam das Übergangssystem ist

und was nach dem Übergangssystem passiert, konnten da durch harte Fakten relativ deutlich verifiziert werden. Es war für uns eine große Überraschung, dass nach dem Übergangssystem, das ja nicht überall mit gutem Image beleumundet ist, weitere 50% dann in eine duale Ausbildung eingemündet sind. Die letzte Phase war dann: was passiert mit den unversorgten Jugendlichen, die tatsächlich dann noch übrig bleiben? Das war im Grunde genommen nochmal ein Versuch, an den Maßnahmen, die wir alle gesamt unterhalten, nochmal nachzusteuern. Also: Gesichertes Wissen. Und dann natürlich die ganzen Initiativen, die Sie alle kennen: Frühzeitig von den unterschiedlichen Schulen über unterschiedliche Begleitmodelle, Mentoring und ähnlichem eigentlich ganz nahe an den einzelnen Jugendlichen dran zu bleiben. Anders glaube ich geht es gar nicht.

### **Martin Günthner**

Jugendberufsagenturen machen wir gemeinsam mit der Arbeitsagentur und den Jobcentern um dieses Mismatching-Thema anzugehen und nachverfolgen zu können, wo Schulabgängerinnen und Schulabgänger sind. Wir haben im vergangenen Jahr die Zahl von Schulabsolventinnen und Schulabsolventen ohne Abschluss deutlich reduziert. Wir arbeiten – das ist manchmal nicht ganz einfach – mit den Lehrerinnen und Lehrern daran, zu der Erkenntnis zu gelangen, dass Erfolg von Schule nicht darin besteht, dass Schülerinnen und Schüler weg sind, sondern der Erfolg von Schule eben auch in einer bestimmten Orientierung besteht und bestehen muss. Man müsste sich in dem Zusammenhang mal folgende Frage stellen, die jemand so schön beschreibt, dessen Sohn vor der Wahl stand: Mache ich eine Ausbildung oder gehe ich weiter zu Schule?

Ihm wurde dann gesagt: „Ausbildung ist ganz schwierig. Sie müssen wissen, was Sie machen wollen und wo, Sie müssen sich auch weit orientieren, Bewerbungen schreiben und es könnte sein, dass sie Absagen bekommen und dass das alles nicht so funktioniert, wie Sie es sich vorgestellt haben – oder die schöne Alternative Ihre Eltern unterschreiben auf dem Zettel für die Fortführende Schule unten rechts.“ Es ist wahrscheinlich aus einer reinen Praxissicht klar, was meistens die Entscheidung ist, die Frage ist aber – und die diskutieren wir inzwischen in Bremen sehr intensiv – hilft es? Manchen hilft es weiter, wenn sie weiter zur Schule zu gehen, und man weiß, was sie an Qualifikationen noch erwerben müssen, damit sie eine Perspektive in Ausbildung haben. Und bei manchen ist es dann eben eher so, dass es ihnen helfen

soll, diese Schleife nicht noch zu drehen. Wenn ich in der neunten und zehnten Klasse nicht weiß, was ich machen will, weiß ich das höchst wahrscheinlich nach dem Abitur auch nicht.

Vor zwanzig Jahren hätte man gesagt, gut dann gehe ich wenigstens studieren. Heute landen diese jungen Menschen – die aber dazwischen nichts gemacht haben – dann irgendwann mit Anfang zwanzig und einem guten Abitur zum Teil bei Hafenunternehmen, die inzwischen dann bei diesem Thema „Über Arbeit in Ausbildung“ versuchen, sie aufzufangen. Und ich finde, das können alles Wege sein. Weil wir letztendlich niemandem vorschreiben können, was er oder sie mit seinem Leben anfängt oder anfangen will. Aber wir müssen wenigstens als Gesellschaft den Anspruch haben, dass wir wissen, was die Leute machen und im Zweifelsfall auch in der Lage sein, ihnen Angebote zu machen und aufzuzeigen ob das oder das für sie eine Alternative sein kann.

Da sind wir im Moment intensiv dran, stellen allerdings fest, dass die Frage – ähnlich wie beim Arbeitsmarkt im Ausbildungsbereich – auch nicht nur dadurch zu lösen ist, dass man sagt: „Ja wir brauchen mehr Ausbildungsplätze.“ Weil ich die Bewerberinnen und Bewerber die ich habe, natürlich auch dann wiederum passend zu den Ausbildungsplätzen machen muss. Und weil es natürlich auch darum gehen muss, etwas nicht komplett am Markt vorbei zu entwickeln.

### **Thomas Westphal**

Darf ich fragen, wie in Bremen das Verhältnis zwischen zur Verfügung gestellten Ausbildungsplätzen und nachfragenden Auszubildenden ist?

### **Martin Günthner**

Es sind im Moment 800 unbesetzte Ausbildungsplätze und wir haben über die Ausbildungsgarantie, die wir ausgesprochen haben, weitere offene 400 Ausbildungsplätze. Dem steht – je nachdem wie man es rechnet – das Zweieinhalbfache an Ausbildungsplatzsuchenden gegenüber. Ich habe allerdings auch dabei die folgende Erfahrung gemacht: Altbewerberin oder Altbewerber, gutes Abitur, möchte Einzelhandelskaufmann werden, bewirbt sich irgendwie einmal und wird es nicht.

Da müsste man sich auch die persönlichen Fähigkeiten ansehen: Wenn jemand, der Angst hat mit Menschen zu sprechen, dann jemandem was verkaufen soll, ist das unter Umständen nicht der richtige Beruf. Es könnte dann aber in einem anderen Handelsberuf eine Perspektive geben. Also ist es auch die Frage, wie man berät, wie man einem jungen Menschen dabei hilft, eine für

sich möglicherweise falsche Entscheidung revidieren zu können. Nicht zu sagen: erstes Jahr unversorgt, zweites Jahr unversorgt... Irgendwann läuft es unendlich weiter. Deswegen auch früh intervenieren.

### **Thomas Westphal**

Ich kann das für die Dortmunder Szenerie in der Tat auch so beschreiben. Wir haben durchaus eine Vielzahl von Formaten und Angeboten bei der Frage „Wie orientiere ich junge Menschen, die Abitur gemacht haben, für ihren nächsten Berufsschritt?“ Und Jobmessen sind mittlerweile in der jeder Stadt vielfältig. Wir machen hier im Rathaus übrigens auch eine Veranstaltung mit Eltern: „Mein Kind will studieren, was nun?“. Und wir haben das Format „jobtec“ gemeinsam mit der Bundesagentur entwickelt, wo wir immer wieder und stärker betonen, dass der Weg in eine berufliche Zukunft nicht ausschließlich über ein Studium läuft, sondern dass gerade die Entscheidung zu einer dualen Ausbildung gut sein kann. Gerade jetzt gehen wir den Schritt weiter an Haupt- und Realschulen, 7., 8., 9. Klasse, wo es genau so funktioniert, dass die jungen Menschen klassischerweise in einer dualen Ausbildung münden könnten, dann aber durch Eltern und andere falsch beraten werden: „Mach lieber noch Schule.“ Dass das nicht immer der richtige Weg ist, dass muss man auch anfangen zu begleiten, das können wir ja nicht einfach so laufen und die ganzen Instrumente die andere Seite erledigen lassen. Das ist ein Punkt, den wir machen.

In Mannheim wurde bereits ein Schritt weitergegangen, mit jungen Leuten, die jetzt schon ein bis zwei Mal durch das Rost gefallen sind, die schon arbeitslos gemeldet sind, die häufig auch aus Haushalten und Familien kommen, die schon lange SGB II-Bezieher sind. Das heißt, im Grund kennen sie die, so dass sie den ersten Kontakt sozusagen völlig umgedreht haben. Das geht z.B. im Jugendberufshaus, aber wie gehe ich mit den jungen Leuten um? Die kamen natürlich in der Erwartung „Ich bin jetzt Hilfebezieher, ich möchte jetzt Geld bekommen“ und die haben dann gesagt bekommen „Geh mal da drüben, wir haben einen eigenen Bereich gegründet („Junges Mannheim“ nannte sich das glaube ich) und eigene Fallmanager, die wir über eine Fachhochschule in einem eigenen Studiengang ausgebildet haben“. Diese Fallmanager haben dort gelernt, die Jugendlichen anders zu begleiten und zu sagen „Was kannst du denn?“ Also eher diese „Talent“-Sicht. Dann waren die schon mal irritiert und fragten sich „Warum muss ich das jetzt hier erzählen?“ Und dann bekamen die auch eine sofortige Möglichkeit: „Wir haben da eine Stelle und da kannst du

auch sofort hin.“ Da fragte der eine dann vielleicht noch „Ja wie soll ich da hinkommen?“ und dann ist die Antwort: „Wir haben da draußen Fahrräder.“, denn es gab Jobcenter-Fahrräder. Und was war der Lerneffekt? Die Jugendlichen, die kamen haben das erste Geld, was sie bekommen haben nicht vom Staat bekommen, sondern von einem Unternehmen. Und das ist durchaus beachtenswert auch für unsere weitere Diskussion hier, andere Wege und auch andere Umgangsformen miteinander zu entwickeln. Um Dinge im Kopf und in der Art und Weise wie man lebt und wie man es für gewohnt erachtet, aufzubrechen.

Wir müssen sehen, wie wir diese Maßnahmen jetzt auch noch mit vorhergehenden Maßnahmen in der Schule kombinieren können.

### **Nachfrage aus dem Publikum**

Wir haben ja festgestellt, dass wir offensichtlich bundesweit Schwierigkeiten haben, einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor durchzusetzen, der sich schwerpunktmäßig auf die Langzeitarbeitslosen bzw. auf die geringer Qualifizierten bezieht. Müssen wir da nicht aber perspektivisch schon mal schauen, auch höher qualifizierte mit zu integrieren? In der einen Folie habe ich auch die Digitalisierung mit gesehen. Dadurch sollen fünf Millionen Arbeitsplätze wegfallen und das sind ja durchaus qualifizierte Leute, denen man nicht unbedingt Basiswissen vermitteln muss. Man sollte im mit öffentlichen Mitteln geförderten Sektor schon mit berücksichtigen, dass da zigtausend Menschen, auch durchaus qualifizierte, mit reinströmen werden.

### **Thomas Westphal**

Ja das ist noch mal ein ganz eigenes Feld: Auswirkungen der Digitalisierung. Frau Durst?

### **Dr. Annelise Durst**

Ja, ich denke das ist sicher jetzt eine interessante Schwelle vor der wir alle stehen, zumal sie von zunehmend polarisierenden Meinungen begleitet wird.

Sie können ja unterschiedliche Untersuchungen über die Auswirkungen dieses Themenfeldes gegenüberstellen und kommen zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen. Bislang ist es so, dass Akademikerinnen und Akademiker eigentlich von Arbeitslosigkeit unterproportional betroffen sind. Bislang war das also nicht die Gruppe, die eigentlich im Fokus dieser besonderen Maßnahmen stand. Jetzt ist der Zeitpunkt, die Entwicklung dieses Themas, das Herr Baumann auf seiner Folie kurz angeschnitten hat, offensiv mit zu gestalten.

Es gibt durchaus unterschiedliche Ansätze, wie man an Industrie 4.0 eigentlich heran geht. Jetzt schon zu sagen, dass das sicher auch ein großer Teil von geförderter Beschäftigung sein wird, halte ich im Moment vielleicht für etwas vermessen. Ich denke, wir sollten erst noch einmal gezielt das Thema Langzeitarbeitslosigkeit und vor allem den Themenkomplex mangelnde und fehlende Qualifikation angehen, sowie dann auch die Schwierigkeiten, wie nachholende Qualifizierung vielleicht bei dieser Personengruppe gezielt mit angebracht oder bzw. unterstützt werden kann. Ich würde das erstmal als das dringlichere Problem ansehen, als jetzt hier schon im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigungen zu agieren.

### **Martin Günthner**

Ich glaube, dass im Thema Industrie 4.0 – ich würde aber Arbeit 4.0 gleich mit einhergehend nennen – enorme Chancen für uns stecken, insbesondere natürlich für die noch vorhandenen Industriestandorte, die wir in Deutschland haben. Allerdings zwingt es uns auch, uns mit unserer Arbeitswelt insgesamt auseinander zu setzen. Früher war das ja in den Häfen bei uns so: Da ist jemand, der mehr oder weniger mit fünfzig so ziemlich am Ende seines Berufslebens angelangt ist, Portainer- oder Brückenfahrer geworden. Heute qualifizieren wir zum Teil schon verhältnismäßig junge Leute in diese Berufe hinein. Und wenn jemand von seinem 35. Lebensjahr bis zu seinem 45. Lebensjahr in einer Containerbrücke sitzt, kann der Stuhl auf dem er sitzt noch so ergonomisch gefertigt sein: er hat mehr oder weniger zwangsläufig nach zehn Jahren einen Skelettschaden, weil er die ganze Zeit nach unten guckt.

Dann ist die Frage: Was machen Sie in diesen Arbeitsfeldern?

Das heißt, dass wir uns ebenfalls mit dieser Frage auseinandersetzen müssen und ich glaube, dass die Diskussion über Hilfstätigkeiten durch den Aufbau weiterer Arbeitsmärkte eben auch bedeutet, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, welcher Teil der Gesellschaft in einem sich veränderndem Arbeitsleben (ohne dass man Digitalisierung für eine Horrorvision hält) unter einen besonderen Druck gerät und was daraus für die Gesellschaft folgt. Denn das, was wir an sozialer Verwerfung im Zusammenhang mit verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit im Moment beschrieben haben, könnte sich natürlich dann auch auf andere Bereiche der Gesellschaft ausweiten. Dann kann möglicherweise auch in Berlin nicht mehr mit so einem „Naja, das sind irgendwie die Probleme einzelner Kommunen“ darüber hinweg gegangen werden. Aber erstmal ist das, was über die Digitalisierung den Ar-



beitskräften an Hilfsmitteln zur Verfügung gestellt wird, wenn sie auf Industriearbeitsplätze blicken, eine enorme Arbeitserleichterung und eine enorme Erweiterung und bietet für uns auch große Chancen.

### **Thomas Baumann**

Ich würde es auch so sehen, dass man fast davor warnen müsste, den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor für qualifizierte Arbeitskräfte schon weiter zu denken, weil wir jetzt die Situation haben, dass die niedrig Qualifizierten oder auch mit Vermittlungshemmnissen vermittelten Menschen von der Entwicklung des Arbeitsmarktes wieder ausgenommen sind. Wenn wir jetzt einen Beschäftigungssektor schaffen würden, der schon wieder den höher qualifizierten Bereich mit vorhält, würde ich fast sagen, dass wir den gleichen Effekt auch dort haben werden.

Meiner Ansicht nach wird Industrie 4.0 so prognostiziert, dass Arbeitsplätze verschwinden, aber es werden an anderer Stelle auch neue entstehen. Von daher sollte man eher schauen, wie die qualifizierten Arbeitnehmer für diese neuen Tätigkeiten genutzt werden können, wie vielleicht auch Bildung, Ausbildung und Berufsorientierung dahin weiterentwickelt werden können. Deshalb ist es schon richtig, möglichst frühzeitig darüber zu diskutieren, was dort auf einen zukommt. Aber jetzt sozusagen pauschal zu sagen, wir müssen den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor – so wie er jetzt als Mittel für wirklich niedrig oder gar nicht qualifizierte Menschen gedacht ist – auch in dem Bereich ausbauen, halte ich im Moment noch für den falschen Weg.

### **Meinungsbeitrag aus dem Publikum**

Ich gehöre zu denen, die Frau Durst eben schon einmal angesprochen hat, die sich seit dreißig Jahren bemühen, in diesem Bereich eine Lanze zu brechen für öffentliche Beschäftigungsförderung. Ich habe nämlich damals mit sieben Kollegen das erste Papier im Städtetag geschrieben, dass kommunale Beschäftigung auch eine Aufgabe für Städte und Gemeinden sein soll. Das wurde vom Präsidium des Städtetags als nicht druckfähig abgelehnt, weil wir uns um eine Sache kümmerten, die die Städte gar nichts angeht, das wäre bundespolitisch. Das war 1987. Seitdem bemühen wir uns in Großstädten, diese Aufgabe zu stärken und das hatten wir bis Anfang dieses Jahrhunderts auch ganz gut geschafft. Dann kamen marktwirtschaftliche Eingriffe, die sowohl zur Reduzierung der Titel, als auch zur Effizienzsteigerung der Bundesanstalt für Arbeit und zum Rückzug der kommunalen und anderen Kompetenzen aus diesem Aufgabenfeld

führten, denn wir wurden aus den Beiräten und Verwaltungsräten der Arbeitsagenturen herausgedrängt.

Was ich sagen möchte ist: wir haben jetzt ganz viel – und das war auch gut so – über die Techniken und über Maßnahmen und Möglichkeiten gesprochen. Aber am Schluss sollte man vielleicht noch einmal darauf zurückkommen, dass das Ganze einen politischen Kern hat. Diesen Kampf hat Frau Poschmann angesprochen, unsere Bundestagsabgeordnete, den hat auch schon die Ministerin angesprochen: dass es da Bereiche gibt, die wirklich von anderen politischen Gruppierungen abgelehnt werden und deren Finanzierung blockiert wird. Und warum findet dieser Kampf statt? Meiner Ansicht hauptsächlich aus zwei Gründen:

Das eine ist eine ideologische Diskussion. Da wird im Grunde genommen ein Marktversagen geleugnet, genau wie beim sozialen Wohnungsbau und anderen Themen. Es wird gesagt, das schafft der Markt und wir wollen nicht, dass die öffentlichen Hände – ineffizient wie sie sind – die Aufgaben übernehmen. Das ist eine politische Auseinandersetzung, die geführt werden muss, wenn wir uns um diejenigen kümmern, die bei diesem Kampf auf der Strecke bleiben. Die werden einfach bürokratisch ausgeklammert und liegen gelassen. Und wenn Sie jetzt öffentliche Beschäftigungsförderung auch noch veredeln, indem Sie diese in die gehobenen Berufsgruppen hineinziehen wollen, dann haben wir genau den Effekt, dass die knappen Mittel bei den Schwächeren auch noch abgezogen werden und den Stärkeren zugutekommen. Diese Tendenz ist bei der Arbeitsverwaltung immer schon da gewesen und ich glaube, die wollen wir gerade nicht. Beim zweiten Grund müssen wir vom Menschenbild reden, das wir haben und für wen wir Politik machen. Es gibt einfach in der Einwohnerschaft von 80 Millionen Menschen eine halbe Million oder eine Million oder vielleicht auch drei Millionen, die nicht so fit sind wie die anderen und die nicht einfach nach Marktgesetzen behandelt und eingruppiert werden können. Die Erwerbsfähigkeit ist das Kriterium und wer das nicht schafft, für den haben wir leider nichts irgendwo geparkt. Ich glaube, dass diejenigen, die sich um die Verbesserung der kommunalen Mittel und der öffentlichen Beschäftigung einsetzen, diese politische Dimension auch den Medien, den Journalisten die vielleicht hier sind und anderen noch deutlicher machen müssen, wenn wir auf diesem Weg noch weiter Erfolg haben wollen. Dankeschön!

### **Thomas Westphal**

Herzlichen Dank! Es war jetzt keine unmittelbare Frage, aber trotzdem gibt's auch hier vom Podium Meinungen

dazu, die wir auch gerne noch einmal einholen können. Wir fangen noch einmal mit Frau Durst an.

### **Dr. Annelise Durst**

Also ich bedanke für den Beitrag und ich würde das gerne noch einmal unterstützen, vor allem um deutlich zu machen, dass es eine kommunale Angelegenheit ist und auch bleiben sollte. Ich denke, das Beispiel in München kann man nicht eins zu eins in andere Städte übertragen. Aber es zeigt im Kern, seit dieser ständige Wechsel auf den Ebenen in der Politik ist, wo Mittel oder Programme auf den Markt kommen, die genauso schnell dann wieder verschwinden, dass die Stadt München eigentlich über die Jahre hinweg in einer ganz bestimmten politischen Konstellation war (lange Jahre war es eine SPD-Grüne Mehrheit im Rat der Stadt München). Und es war selbstverständlich auch erstmal ein politisches Statement dieser Parteien zum Thema kommunale Gestaltungsmöglichkeiten. Das Erstaunliche war, dass es durch diese sehr beharrliche Politik und mit dem Wechsel seit 2014 in München eine andere Mehrheit gibt.

Die Konstellation ist CSU-SPD und die CSU gehörte nie zu den Befürwortern dieser kommunalen Beschäftigungspolitik. Aber in politischer Verantwortung waren es nun diese beiden Parteien, die sich entschlossen haben, dieses Programm auszuweiten und den Sektor dritter Arbeitsmarkt in München auch als eine kommunale Aufgabe zu verstehen. Und kommunal bedeutet in dem Fall auch: mit kommunalen Mitteln. Wir haben zusätzlich drei Millionen Euro für die langfristige Beschäftigung von ehemals Langzeitarbeitslosen in die Hand genommen. Das war nur möglich als eine gemeinsame, ich nenne es mal „Regierungserklärung“, wo sich die beiden Parteien dazu verpflichtet haben, dieses Thema im Rahmen der nächsten sechs Jahre der gemeinsamen Zusammenarbeit zu einem Schwerpunktthema zu machen.

Auch im Kriterienkatalog taucht dieser Einstieg in den dritten Arbeitsmarkt in München als Beispiel dafür auf, wie man auf einer kommunalen Ebene agieren kann. Sicher in kleinerem bescheidenem Umfang, deswegen können wir auf keinen Fall auf die Bundesmittel verzichten und der Bund, das Jobcenter, ist für uns der Premiumpartner in München. Aber gleichzeitig auch, um deutlich zu machen, dass auch eine Stadt und eine Kommune Möglichkeiten hat. Und wenn 28 Millionen sich viel anhört: in Relation zum Vermögenshaushalt dieser Stadt München ist das tatsächlich nun wirklich keine große Summe. Das also auch als Empfehlung an alle anderen Kommunen: es geht auch darum, dass aus der Basis heraus, aus der Zivilgesellschaft, dieses Thema als

ein permanentes auch in der Stadt verhandelt wird.

### **Martin Günthner**

Wenn man sich das ökonomisch ansieht sind die Folgekosten der Langzeitarbeitslosigkeit derart katastrophal und vor allem derart nachhaltig katastrophal, dass selbst all denen, für die die schwarze Null ein Fetisch ist, das klar sein müsste. Und um es noch ein bisschen klarer zu machen ist ja genau auch diese Initiative geeignet, dass sich völlig unterschiedliche Städte unterhaken, die man nun nicht dadurch vereinzeln kann, dass man sagt: die haben immer schon eine viel höhere Arbeitslosigkeit, das liegt daran, dass da immer die eine Partei oder die andere Partei regiert oder so etwas, sondern deutlich zu machen: Es gibt ein strukturelles Problem und dieses strukturelle Problem lässt sich am Ende des Tages übrigens auch nicht dadurch auflösen, dass man regelmäßig Instrumente umbenennt und sie dann nicht mehr Raider, sondern Twix heißen oder Bounty oder sonst was. Am Ende wird es darauf ankommen, mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Deswegen ja dieser Hinweis, wie die Eingliederungstitel seit der Instrumentenreform zusammengepiffen worden sind. Da ist unterm Strich der Beweis durch Fakten erbracht (übrigens haben die Kommunen vorher immer drauf hingewiesen, dass das diese Folge haben wird, aber jetzt nochmal für alle sichtbar durch Fakten erbracht), dass eine reine Orientierung „irgendwie löst sich das Problem der Arbeitslosigkeit schon durch den Markt“ nicht funktionieren wird. Deswegen muss es andere Antworten geben und deswegen ist es eben auch wichtig, dass die Kommunen sich dabei entsprechend unterhaken und deutlich machen, dass es bei den einen höher und bei den anderen niedriger, strukturell es aber das gleiche Problem ist. Und da helfen Modellvorhaben manchmal. Sie helfen vor allem, wenn sie das Ziel haben, Themen in die Fläche zu bringen, damit nicht die, die gerade mal am lautesten brüllen oder am besten interveniert haben oder am brilliantesten vernetzt sind oder am schönsten an irgendwelchen Modellvorhaben mitgearbeitet haben, mit ein paar Stellen mehr bedacht werden. Sondern um strukturell heran zu gehen und deswegen ist diese Initiative hier so richtig.

### **Thomas Baumann**

Genau dem gibt es eigentlich wenig hinzuzufügen. Eigentlich nur, dass gerade diese Initiative hier und auch die andere Bemühungen wirklich nach fast dreißig Jahren jetzt den Effekt gebracht haben, dass sowohl in der politischen, als auch in der öffentlichen Wahrnehmung jetzt wirklich mal diskutiert wird. Dass eben dieses struk-

turelle Problem nur mit mehr Geld gelöst werden kann. Und sicher wäre der Idealzustand, dass der Bund zahlt und die Kommunen könnten entscheiden, wo die Leute eingesetzt werden. Den Zustand werden wir trotz aller Bemühen nicht erreichen, aber die Kommunen haben auch schon in den letzten Jahren demonstriert, dass sie ja durchaus bereit sind, auch eigenes Geld in die Hand zu nehmen. Aber das kann natürlich wie gesagt nur mit entsprechender Rückendeckung aus den Bundes- und Landeshaushalten passieren. Das ist ganz wichtig. Und was man sich dabei auch nur wünschen kann ist, dass dieser Prozess jetzt wirklich weiter fortgeführt wird, dass es nicht noch einmal dreißig Jahre dauert, bis es dann umgesetzt wird. Von daher kann man nur sagen, dass wir hoffentlich vielleicht schon in der dritten Runde der Arbeitsmarktkonferenz, aber auch weit darüber hinaus, dementsprechend weitere Schritte oder auch Ergebnisse vermelden können, in welche Richtung es gehen wird.

### **Beitrag aus dem Publikum**

Wir nähern uns so langsam dem Abschluss und mir ist noch einmal wichtig, auch deutlich zu machen, dass diese Initiative hier eine Richtige ist. Natürlich ist das Geld eine Voraussetzung und dem Geld müssen Ideen folgen und mit dem Geld muss eine Umsetzung vor Ort folgen. Herr Oberbürgermeister Sierau, Sie haben zu Beginn sehr deutlich hervorgehoben, dass es eine aller Akteure vor

Ort ist und von daher ist dieser leere Platz gedanklich durch die Premiumpartner Arbeitsagentur und Jobcenter zu besetzen, wenn es um die konkrete Umsetzung lokal geht. Ich habe mir auch die Initiativen von den Kollegen angeschaut. Das ist immer eine Kombination. Sie greifen auf, Sie unterstützen, Sie können auch noch mehr Geld reingeben, auch andere Ansätze und ich denke das wird uns auch hier in Dortmund immer wieder bewusst sein, dass es etwas in dem Sinne ist. Das Ganze ist mehr, als die Summe seiner Teile und so wie wir es jetzt hier betrieben haben, könnten wir auch solche Ansätze hier gut gemeinschaftlich auch mit anderen Partnern nach vorne bringen.

### **Thomas Westphal**

Herzlichen Dank. Ja, wenn der Zeitpunkt erreicht ist, dass hier im Dortmunder Rathaus eine Initiative, die auch in Dortmund mit auf den Weg gebracht wurde von Bremen, Leipzig und München gelobt wird, dann sollte man nichts mehr hinzufügen. Dann ist es perfekt. Ich würde gleich gerne noch einmal dem Oberbürgermeister zum Abschluss das Wort geben. Ich kann aber auch sagen, dass wir eben noch einmal kurz die Fotozeit genutzt haben, um mit der Bundesarbeitsministerin konkret zu sprechen, wie wir weiter vorgehen. Da bleiben wir jetzt ganz konkret dran.



In Kooperation mit:



**Bundesagentur für Arbeit**  
Agentur für Arbeit Dortmund

